

Nur noch Infotainment? Politischer Journalismus und die neuen Fliehkräfte

Das sechste Zukunftskolloquium Politikberatung

Am 12. Juni 2006 fand das sechste Zukunftskolloquium Politikberatung statt. Andrea Fischer (Bundesministerin für Gesundheit a. D., Institut für Organisationskommunikation), Prof. Dr. Rainer Burchardt (ehemaliger Chefredakteur des Deutschlandradios) und Michael Konken (Bundesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes) diskutierten über das Verhältnis zwischen Medien und Politik. Zur Veranstaltung eingeladen hatten die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (degepol), Johanssen + Kretschmer sowie Pleon – erstmals in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Journalistenverband (DJV).

Das Verhältnis zwischen Medien und Politik hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Die klaren Grenzen zwischen beiden Feldern sind zugunsten wachsender Interdependenzen geschwunden. Das hat mehrere Gründe: Einerseits bedienen sich Politikerinnen und Politiker zunehmend der Plattform „Massenmedien“, um Menschen über ihre Arbeit zu informieren. Andererseits suchen Journalisten unter dem stärker werdenden Konkurrenzdruck die Nähe zur Politik, um exklusiv berichten zu können. Das Zukunftskolloquium analysierte unter anderem welche Akteure die Bedingungen im Prozess politischer Kommunikation steuern, wie sich das Berufsbild des Journalisten verändert hat beziehungsweise welche Folgen die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Medien und Politik haben.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte Dominik Meier, Sprecher der degepol, drei Thesen vor, die die Grundlage der nachfolgenden Diskussion bildeten. Er konstatierte erstens: Die Qualität journalistischer Arbeit wird durch den wachsenden Quoten-, Auflagen- und Zeitdruck entscheidend beeinträchtigt. Journalisten müssen sich demnach immer häufiger entscheiden, ob sie informieren oder unterhalten wollen. Zweitens: Medien erfüllen einen Lehr- und Bildungsauftrag zur Konstitution öffentlicher Meinung. Sie dürfen sich nicht von der Politik vereinnahmen lassen und sind in der Pflicht, den freien, kritischen und offenen Austausch zu bewahren. Drittens: Politik benötigen Medien und

Medien die Politik. Dieses Neben- und Miteinander muss verantwortungsvoll gestaltet werden, um einen Vertrauensverlust in die einzelnen Akteure zu verhindern.

Medien und Politik – eine perfekte Symbiose?

„Es gibt genügend Beispiele, die vom Gegenteil zeugen“, wusste Michael Konken zu berichten. Der Umgang mancher Politiker mit Journalisten ließe gelegentlich zu wünschen übrig. Statt kritischer Stimmen wolle man „Hofberichterstatte“, die meinungskonform agierten. Als Beispiel führte er Jürgen Rüttgers an, der während einer Israel-Reise kundtat: „Die Rothühner haben wir zu Hause gelassen“ und damit SPD-nahe Journalisten meinte. Ein weiteres Problem zeige sich darin, dass regierungskritische Journalisten vom exklusiven Informationszirkel einflussreicher Politiker oftmals ausgeschlossen würden. So hätte sich Joschka Fischer beispielsweise mit einem handverlesenen Freundeskreis von Journalisten umgeben. Schließlich verwies er auf den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der sein schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2005 auf „Medienmacht und Medienkampagnen“ zurückführte.

Prof. Dr. Rainer Burchardt schloss sich dem Vorwurf Schröders an: Einzelne Journalisten hätten im Zuge des Wahlkampfes versucht, die rot-grüne Regierung „wegzuschreiben“. Er schlussfolgerte, dass die deutschen Medien eine selbstbezogene Kraft seien und sich gegenseitig überbewerten würden. Aus journalistischer Omnipräsenz sei eine Omnipotenz geworden. Die Selbstüberschätzung der Journalisten hätte man auch bei den publizierten Wahlumfragen beobachten können: „Alle waren davon überzeugt, die Bevölkerung richtet sich nach den demoskopischen Ergebnissen. Und als etwas anderes herausgekommen ist, war man irritiert.“

Andrea Fischer bezog sich auf das Statement von Michael Konken und gab zu bedenken, dass es nicht gerade leicht sei, Haltung zu bewahren, wenn fortwährend negativ über einen berichtet wird. Sie erzählte über ihre Arbeit als Gesundheitsministerin und konstatierte, dass Journalisten opportunistisch agierten, um mal diesen, mal jenen Politikkreisen nahe zu sein. Dabei kritisierte sie den steigenden ökonomischen Druck auf Medienunternehmen, der zwangsläufig zu einer verminderten Qualität journalistischer Arbeit führen

würde: „Guter Journalismus muss sich Zeit für eine eingehende Recherche nehmen. Andernfalls bekommen wir ein Problem.“

Verlust von Glaubwürdigkeit

Auch Michael Konken sah die Gefahr einer Entprofessionalisierung journalistischer Standards: „Wenn Journalisten bewusst die Nähe zur Politik suchen, um Exklusivität und Anerkennung zu erhalten, missachten sie den Anspruch des Berufsstandes, objektiv und kritisch über etwas zu berichten.“ Die Grenzen zwischen Medien und Politik müssten daher klar definiert bleiben, es dürfe keinen Gefälligkeitsjournalismus geben. Zwar hätten Journalisten die Pflicht zu informieren, Politiker könnten ihnen jedoch nicht vorschreiben, worüber. „Werden Medien von der Politik instrumentalisiert, hat dies negative demokratische Entwicklungen zur Folge“, zeigte sich Konken besorgt. Dementsprechend sichere nur ein investigativer Journalismus die demokratische Grundordnung.

So habe es beispielsweise beim Bundestagswahlkampf 2005 nahezu keine kritische Berichterstattung gegeben: „Es wurden immer wieder dieselben Fragen gestellt, auf die Politiker immer dieselben Antworten gegeben haben“, bemängelte Konken. Auf diese Weise seien Wählerinnen und Wähler über die Ziele der Parteien im Unklaren gelassen worden. Es sei daher kein Wunder, dass Journalisten und Politiker nach der Wahl an Glaubwürdigkeit verloren hätten. Dies wiederum schlage sich in der zunehmenden Politikverdrossenheit unserer Gesellschaft und einer sinkenden Wahlbeteiligung nieder, folgerte Konken.

„Gerade *um* deren Arbeit zu hinterfragen, müssen Journalisten den Politikern nahe sein“, relativierte Rainer Burchardt die Aussage Konkens. Journalisten seien verpflichtet, Politikern auf den Pelz zu rücken. Allerdings räumte er ein, sei dies kein Appell zu einer weiteren Mediatisierung der Politik. Insbesondere das Fernsehen käme derzeit einem Ersatzparlament gleich, in dem keine Inhalte mehr zählen würden, sondern nur noch die Performance. „Wir haben zu viel Infotainment, zu viel Nähe zur Politik durch all die Kerners, Beckmanns und Christiansens“, pflichtete Konken bei. Auch Andrea Fischer sah eine Verlagerung politischer Debatten vom Parlament in das Fernsehen. Ihrer Meinung nach sei es jedoch ein „Akt der Notwehr“, sich als Politiker in bestimmten TV-

Formaten sympathisch zu präsentieren – insbesondere wenn andere schlecht über einen berichten würden. An dieser Stelle setze für sie die Arbeit von Politikberatern an, um Politikern im Zuge der größer werdenden Medienpräsenz Unterstützung anzubieten.

Gegenseitige Einflussnahme

Dass Medien verstärkt Einfluss auf die Tagesordnung der Politik nehmen, konnten alle Diskutanten bestätigen. Immerhin findet nur das in der Öffentlichkeit statt, worüber auch berichtet wird. Nicht selten orientieren sich Politiker daher nach dem Redaktionsschluss oder gestalten ihre öffentlichen Auftritte mediengerecht. Allerdings könne die Kenntnis über journalistische Arbeitsweisen auch bewusst ausgenutzt werden, gab Michael Konken zu bedenken. So sei es bezeichnend, dass die Gesundheitsreform von der Großen Koalition ausgerechnet zu WM-Zeiten „aus dem Hut gezaubert“ würde. „Ein derartiges Prinzip der thematischen Ablenkung wurde nach dem 11. September 2001 bereits in Großbritannien praktiziert. Hier sind unliebsame Gesetze zu einer Zeit beschlossen worden, als Medien zwangsläufig andere Themenschwerpunkte gesetzt haben.“ Man hoffe wohl, die Gesundheitsreform an der Öffentlichkeit vorbei beschließen zu können, unterstellte Konken. Andrea Fischer wies dies entschieden zurück. Für sie seien Journalisten Schuld am „thematischen Overkill“: „Ich möchte nicht jeden Tag die Zeitung aufschlagen und nur Fußball-Nachrichten vor mir haben. Es gibt genügend andere Themen über die berichtet werden könnte und müsste.“

Verändertes Berufsbild

Journalisten haben einerseits die Pflicht, Informationen zu übermitteln, damit sich die Bevölkerung eine eigene Meinung bilden kann. Andererseits sollen ihre Meinungen als Orientierungshilfen dienen. „Deshalb muss der Journalist fähig sein, nicht nur eine Haltung zu besitzen, sondern eine eigene Meinung“, erklärte Michael Konken. Viele junge Journalisten hätten heute jedoch nicht mehr den Mut, Gesicht zu zeigen. Dies könne unter anderem am schwindenden Rückhalt durch Chefredakteure und Verleger liegen. Kritische Berichterstattung sei zudem erschwert durch Fälle, in denen Kunden ihre Anzeige nicht schalten, weil man schlecht über sie berichtet hat. Hier spiele der ökonomi-

sche Faktor eine wesentliche Rolle und zwingt Journalisten aus Angst um ihren Arbeitsplatz dazu, systemkonform zu agieren.

Dies bestätigte auch Rainer Burchardt und forderte vom Deutschen Journalistenverband (DJV) stärkeres Engagement. Schon heute seien ganze Verlagsabteilungen ausgelagert worden und der Journalismus auf diese Weise bedrohlich unterhöhlt. Die schwindenden Grenzen des klassischen Berufsbildes würden die Probleme weiter verschärfen. Heutzutage müsse man sich nicht mehr zum Journalisten berufen fühlen, sondern könne alles studieren. „Zudem haben Geschäftsführer nur noch die Rendite im Blick. Da werden Volontäre schon mal als Vollzeitkräfte eingesetzt und andere Posten eingespart. Journalismus von der Pike auf lernen kann der Nachwuchs unter diesen Umständen kaum noch.“

Veränderte Wahrnehmung

Nicht nur das Berufsbild der Journalisten, auch die Rezeptionsgewohnheiten der Menschen haben sich verändert. Michael Geffken, ehemaliger Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Public Affairs, untermauerte dies mit Ergebnissen seiner Untersuchung zur Tageszeitungsnutzung. Er stellte fest, dass der Politikteil von den meisten Lesern nicht mehr beachtet würde. Eine Ausnahme bilde lediglich die Lokalpolitik. Zuspitzend formulierte er, dass die Botschaften der Journalisten womöglich selbstrefentiell seien, es keine „Abnehmer“ der Informationen mehr gäbe. Ferner hätte die fortschreitende Entwicklung der Massenmedien Auswirkungen auf den Dialog zwischen Politikern und Bürgern. Man sei gezwungen, sich neue Kommunikationskanäle zu suchen, da die klassische Form der Wahlveranstaltung nicht mehr ausreiche. Hier sei es denkbar, spezielle Internet-Blogs als Diskussionsplattformen zu benutzen, ergänzte Andrea Fischer.

Fischer wies bilanzierend auf Schwankungen im Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern hin: Während Helmut Kohl gewusst habe, dass sich Politik nicht allein auf Mediensympathie stützen dürfe, sei Gerhard Schröder von politischen und journalistischen Akteuren zum „Medienkanzler“ gemacht worden. Inzwischen gebe es wieder eine gegenläufige Tendenz, indem sich die Große Koalition unter Angela Merkel in den Medien bewusst zurücknehme.

Journalisten unter Druck

Michael Konken forderte in seinem Schlusswort, Medienschaffende sollten wieder frei berichten können. Mit Blick auf den zunehmenden Konkurrenzkampf und die herrschenden ökonomischen Zwänge forderte er Hilfestellungen durch die Politik um die „innere Pressefreiheit“ in den Redaktionen sicherzustellen. „Der Druck auf den Journalisten wird immer stärker. Das kann er nicht mehr allein abfedern.“

Über den gestiegenen ökonomischen Druck auf Journalisten bestand bei allen Beteiligten Einigkeit. Dieser mindert nicht nur die Qualität der Arbeit, sondern bedroht zudem die Unabhängigkeit der Medien, so das Fazit des Abends. Auch die Mediennutzung hat sich verändert, so dass Politiker anders als bisher auf die individuellen Rezeptionsformen reagieren müssen. Letztlich sind aber alle beteiligten Akteure dazu angehalten, das Verhältnis zwischen Medien und Politik verantwortungsvoll zu gestalten. Eine Debatte über die nötigen ethischen Normen muss daher auch in Zukunft fortgesetzt werden.